

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2006

Abgeschlossen am 11. Oktober 2006. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die politisch instabile Lage im Mittleren Osten und ihre Bedeutung für die Energieversorgung der Industrieländer bilden den Themenschwerpunkt des G-8-Treffens in St. Petersburg. Es gelingt nicht, die festgefahrenen Verhandlungen der Doha-Runde zu einem Abschluss zu bringen, die Gespräche werden auf unbestimmte Zeit suspendiert. Das Vohaben der WTO, die Subventionen auf dem Agrarmarkt der USA und Europas zu verringern und gleichzeitig die Märkte der Entwicklungsländer für Industrieprodukte aus den Industrieländern zu öffnen, scheidet damit vorerst.

1. Juli: Nach Österreich übernimmt Finnland den Vorsitz im Europäischen Rat.

5. Juli: Venezuela wird in die Zollunion des Mercosur aufgenommen. Die bisherigen Mitgliedsländer Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay sind vor allem an den großen Energiereserven des Landes interessiert. Eine geplante Gasleitung soll die Erdgasfelder Venezuelas mit den Industriezentren Brasiliens und Argentiniens verbinden.

11. Juli: Der Rat der EU-Finanzminister (Ecofin) beschließt, Slowenien mit 1. Jänner 2007 als 13. Land in die Europäische Währungsunion aufzunehmen. Der Wechselkurs wird mit 239,640 SIT (slovenski tolar) je Euro festgelegt. In Slowenien ist die doppelte Preisauszeichnung seit 1. März 2006 verpflichtend.

16.-17. Juli: Hauptthema des G-8-Treffens in St. Petersburg ist die Versorgungssicherheit bei stark steigendem Energiebedarf vor dem Hintergrund der politisch instabilen Lage in den erdölproduzierenden Ländern im Mittleren Osten. Um weltweit ein zuverlässiges Investitionsklima und eine adäquate Infrastruktur aufzubauen, soll ein globaler Aktionsplan erarbeitet werden. Russland ist bereit, zu russischen Förder- und Transportkapazitäten ausländische Partner zuzulassen. Alle Teilnehmer mit Ausnahme von Deutschland bekennen sich zur Nutzung von Atomenergie. Um die Verhandlungen über die Doha-Runde bis Jahresende abschließen zu können, fordern die Vertreter der G 8 gemeinsam mit den anwesenden Staatschefs von Brasilien, China, Indien und Südafrika den WTO-Präsidenten Pascal Lamy auf, bis Ende August einen Kompromissvorschlag auszuarbeiten.

24. Juli: Die Verhandlungen zwischen den 149 Mitgliedstaaten der WTO über die "Doha-Runde" werden auf unbestimmte Zeit suspendiert und sind somit vorerst gescheitert. Ziel war die Liberalisierung des Handels mit Agrar- und Industrieprodukten. Dazu sollten die Agrarsubventionen der EU und der USA abgebaut werden und im Gegenzug die Märkte der Entwicklungs- und Schwellenländer für Industrieprodukte aus dem Westen geöffnet werden. Die Deklaration vom November 2001 in Doha wurde bereits in Teilbereichen verhandelt; bisher wurde nur ein kleines Teilergebnis (Zugang Afrikas zu Generika) umgesetzt.

9. August: Die Europäische Zentralbank erhöht die Leitzinssätze. Der Mindestbiegungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Euro-Systems wird um 25 Basispunkte auf 3,00% angehoben, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um ebenfalls 25 Basispunkte auf 4,00%.

Ausland

EU-Ratspräsidentschaft

Mercosur

Europäische Währungsunion:
Slowenien

G-8-Treffen

WTO: "Doha-Runde"

Europäische Zentralbank:
Anhebung Leitzinssätze

Pariser Club: Russland

15. August: Russland kündigt an, sämtliche Restschulden gegenüber den Gläubigern des Pariser Clubs bis Monatsende zurückzuzahlen. Dadurch würde Russland zu einem Gläubigerland des Pariser Clubs.

Klimapolitik: Kalifornien

30. August: Kalifornien setzt Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt. Emissionen der Industrie an klimaschädlichen Gasen, die zur globalen Erwärmung beitragen, sollen bis 2020 auf das Niveau von 1990 gesenkt werden (-25%). Dazu soll der Handel mit Emissionsrechten eingeführt werden. Kalifornien nimmt damit eine Gegenposition zur Regierung von Präsident Bush ein, die das Kyoto-Protokoll ablehnt. Kalifornien ist weltweit der zweitgrößte Emittent an Treibhausgasen.

Libanon: Wiederaufbau

31. August: Anlässlich der Konferenz in Schweden über den Wiederaufbau im Libanon stellt die internationale Staatengemeinschaft Mittel in der Höhe von 940 Mio. \$ bereit. Einschließlich der bereits zuvor zugesagten Hilfsmittel und der Projektmittel für den langfristigen Wiederaufbau werden insgesamt 1,2 Mrd. \$ zur Verfügung stehen.

EU-Defizitverfahren:
Deutschland

9. September: Anlässlich ihres informellen Treffens unterstützen die EU-Finanzminister die Ansicht der Europäischen Kommission, dass das EU-Defizitverfahren gegen Deutschland ruhen soll – das Haushaltsdefizit wird in Deutschland heuer bei 2,8% des BIP liegen.

OPEC

11. September: Die Vertreter der OPEC beschließen in Wien, die im Juli 2005 festgelegte Obergrenze für die Erdölförderung mit 28 Mio. Barrel pro Tag unverändert zu lassen.

Ungarn: Unruhen

19. September: Die Veröffentlichung einer Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány im Kreise seiner Mitarbeiter löst in Ungarn Unruhen aus: In dieser Rede gesteht Gyurcsány, die Bevölkerung über den wahren Zustand der Staatsfinanzen nicht richtig informiert zu haben. Die ungarische Notenbank macht seit Jahren auf die angespannte Situation des Staatshaushalts aufmerksam.

IWF, Weltbank

19.-20. September: In Singapur findet das Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank statt. Die Industrieländer diskutieren die weltwirtschaftlichen Risiken und die gescheiterten WTO-Verhandlungen über die Handelsliberalisierung. Die vom Board of Governors des IWF wenige Tage zuvor beschlossene Reform erhöht die Stimmrechtsquoten von China, Korea, Mexiko und der Türkei und wird so den durch das rasche Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern veränderten Rahmenbedingungen zum Teil gerecht. Anlässlich der nächsten Jahrestagung soll eine neue Quotenformel die Transparenz erhöhen. Dieser Reformprozess soll 2008 abgeschlossen sein.

Kalifornien: Klage gegen
Autohersteller

21. September: Der Generalstaatsanwalt des US-Bundesstaates Kalifornien klagt die sechs größten Autohersteller des Landes: Ihre Produkte würden zur Erderwärmung beitragen und dadurch die Umwelt und die öffentliche Gesundheit schädigen.

EU-Beitritt Rumänien,
Bulgarien

26. September: Die Europäische Kommission gibt bekannt, dass Rumänien und Bulgarien mit 1. Jänner 2007 der Europäischen Union beitreten können, sofern der Ministerrat zustimmt. Dieser könnte einen Beitritt der beiden Länder auf 2008 verschieben. In den Bereichen Justiz, Terrorismusbekämpfung und Landwirtschaft stellt die Kommission Bedingungen an die künftigen Mitgliedsländer. Eine Schutzklausel erlaubt der EU bis drei Jahre nach dem Beitritt, bei Nichteinhalten der Bedingungen Exportverbote für Lebensmittel zu erlassen und Fördermittel an Rumänien und Bulgarien auszusetzen. Kommissionspräsident Barroso spricht sich für eine Erweiterungspause aus, bis die institutionellen Rahmenbedingungen der EU geklärt sind.

Österreich

Die Affäre um die BAWAG dominiert in Österreich die wirtschaftspolitische Berichterstattung in diesem Sommer vor der Nationalratswahl im Oktober. Der Österreichische Gewerkschaftsbund will seine Anteile an der Bank bis Jahresende verkaufen, Kaufangebote liegen vor. Das neugeschaffene "Haus der Forschung" bietet den bedeutendsten Forschungsförderungseinrichtungen eine gemeinsame Örtlichkeit.

BAWAG P.S.K.

9. September: Die Bank für Arbeit und Wirtschaft Österreichische Postsparkasse AG soll bis zum Jahresende verkauft werden. Der Investmentbank Morgan Stanley liegen unverbindliche Kaufangebote vor.

19. September: In Wien wird das "Haus der Forschung" eröffnet. Dieses Forschungsförderungszentrum beherbergt die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), Johanneum Research, die Austrian Cooperative Research (ACR) und die Christian Doppler Forschungsgesellschaft.

"Haus der Forschung"

Ende September: Österreich meldet die Maastricht-Notifikation für 2005 an die Europäische Kommission. Statistik Austria erhebt dazu die Daten über den Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte und über den öffentlichen Schuldenstand in Zusammenhang mit den Maastricht-Konvergenzkriterien. Das öffentliche Defizit betrug demnach Ende 2005 3.709 Mio. € bzw. 1,5% des Bruttoinlandsproduktes, der öffentliche Schuldenstand 155,3 Mrd. € bzw. 63,4% des BIP. Das österreichische Stabilitätsprogramm sah für den Gesamtstaat ein Defizit von 1,9% des BIP vor.

Maastricht-Notifikation